Sozialdemokraten sich also so sehr beklagen, daß „unter dem neuen Kurs" es ihnen nicht nach Wunsch gehe, so mögen sie bedenken, daß sie hier das Wahlrecht und alle Bürgerrechte genießen, während die nordamerikanische Republik den Anfang damit macht, ihnen das Thor des Bürgerthums vor der Nase zuzuschlagen.

Der deutsche Sozialdemokrat Richard Sauer hatte bei dem Richter Thomas Paschal in Uvalde (Texas) seine Naturalisation beantragt. Der Richter lehnte diese Naturalisation ab, weil Sauer Sozialdemokrat. Die „Galveston News" veröffentlicht den Wortlaut der richterlichen Entscheidung, welche mit den Worten beginnt:

„Das Gesuch des Richard B. Sauer, eines Ausländers und Unterthanen des Deutschen Kaisers, um Zulassung als Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika, habe ich abgewiesen und gebe dafür folgende Gründe an: . . ."

Wir geben aus der Begründung folgenden Auszug: Die von Sauer zur Unterstützung seines Gesuches vorgeführten Zeugen hatten keine nähere Kenntniß davon, wie Sauer zu den Grundsätzen der Verfassung der Vereinigten Staaten stehe, bez. ob er ihnen ergeben und den bei der Naturalisation zu erhebenden Ansprüchen gemäß „die gute Ordnung und die Wohlfahrt des Landes zu fördern geneigt sei". Sie glaubten aber zu seinen Gunsten aus der Thatsache schließen zu müssen, daß Sauer ein „arbeitsamer, gesetzliebender Mann" sei. Der Richter Paschal nahm darauf den Sauer ins Kreuzverhör, und dieser erklärte, er sei Sozialist. Der Richter antwortete, nach der Anschauung des Gerichtes stünden diese Grundsätze in direktem Gegensatze zur Verfassung des Landes, worauf Sauer meinte, der Richter kenne den Sozialismus nicht genügend. Der Richter forderte ihn nun auf, von seinen Grundsätzen etwas zum Besten zu geben, worauf Sauer erwiderte,

„daß dieselben unter Anderem bezweckten, alle Eisenbahnen und Verkehrsmittel des Landes der Regierung zu überantworten, und da das Land so frei sei wie Luft und Wasser, so verlangten die Sozialisten, daß ein Bürger nicht mehr Land besitze, als zum Unterhalt wirklich nothwendig sei (etwa 200 Acres) und daß alles weitere Land zwangsweise an die Regierung verkauft werden solle, um es Denen zu geben, welche keins besäßen."

Der Richter Paschal schließt sodann seine Begründung der Nichtzulassung Sauer's mit folgenden Sätzen:

„Ich suchte ihm klar zu machen, daß solche Gedanken unamerikanisch, unausführbar und für die gesellschaftlichen Zustände, wie sie in der gesammten zivilisirten Welt geschaffen worden, äußerst gefährlich seien, besonders in diesem freien Lande. Des weiteren setzte ich ihm auseinander, daß auf Grund der Verfassung kein Privateigenthum von der Regierung für Privatzwecke genommen werden könne, und daß dies ein sehr wesentlicher Grundsatz der Regierung sei und eines der heiligsten und sorgsamst gewahrten Rechte des Bürgers. Er wies diese Vorstellungen mit Hohn und Spott zurück und blieb dabei, daß er mit seinen Anschauungen im Rechte sei. Ich sagte ihm dann, daß er oder jedweder eingeborene oder naturalisirte Bürger ein unbestreitbares Recht zu solchen Ansichten und deren freier Kundgebung habe, wie auch zu jedweden anderen Ansichten über die Regierung. Wenn jedoch ein Ausländer offen bekenne, daß er solche Ansichten habe, und die Absicht ausspreche, sie zu verbreiten und auszuführen, und sich dann um das amerikanische Bürgerthum bewerbe, so würde es meinem Amtseid zuwider sein und eine Verletzung des Geistes und der Grundlagen, auf denen diese Regierung aufgebaut sei und von deren Erhaltung die Wohlfahrt des Landes abhänge, wenn ich ihm das Bürgerrecht bewilligen wollte. Aus diesen Gründen und weil ich der Ansicht bin, daß die Zeit da ist, wo die Beständigkeit und Sicherheit unserer freien Institutionen und unserer konstitutionellen Regierung im Lande, wie auch die gute Ordnung und das Glück des Volkes verlangen, daß Diejenigen, welche darum nachsuchen, des Vorrechts, der Ehre und Auszeichnung des amerikanischen Bürgerthums theilhaftig zu werden, keine Lehren verfechten, die nicht nur zum Umsturz der konstitutionellen Regierung und unserer freien Institutionen, sondern der gesellschaftlichen Ordnung überhaupt führen — so habe ich es für weise und angemessen erachtet, das Gesuch des solchen Ansichten huldigenden Richard B. Sauer, als Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika zugelassen zu werden, abzuweisen."

Man sieht hieraus, wie man sich in dem „freiesten Lande der Welt" der Sozialdemokratie zu erwehren versteht. Gewiß haben also unsere Sozialdemokraten keinerlei Ursache, sich über mangelnde Bewegungsfreiheit zu beklagen. Hätte der „Vorwärts" nicht die Absicht, seine Leute immer mehr gegen die Regierung und die besitzenden Klassen aufzuhetzen, wollte er der Wahrheit die Ehre geben, so bliebe ihm nichts Anderes übrig, als voll Rührung einzugestehen, daß seine Parteigenossen es in Deutschland verhältnißmäßig sehr gut hätten. Allein Anerkennung und Dank darf man von dieser revolutionairen Sippe selbst bei der besten Behandlung nicht verlangen — ob man sie schlecht oder freundlich behandelt, sie toben doch weiter.

In der von Theodor Hertzka in Wien herausgegebenen „Zeitschrift für Staats- und Volkswirthschaft" giebt ein Hr. Benedict Friedländer sein Urtheil über den Erfurter Kongreß der Sozialdemokratie ab, und lautet dasselbe bezüglich der dort hervorgetretenen Strömungen und eingetretenen Absplitterung der Berliner Opposition dahin:

„Um in den entscheidenden Fällen die militairische Aktion der reaktionairen und cäsaristischen Klassen lahmzulegen, ist eine Verbreitung der sozialistischen Ideen auf dem platten Lande so gut wie nothwendig; und zu diesem Zwecke ist eine gemäßigte Taktik offenbar die geeignetere. Auch in der französischen Revolution spielten ja anfangs die gemäßigteren Provinzialen, die Girondisten, die Hauptrolle. Andererseits ist zu wirklich erfolgreichen Vorstößen denn doch mehr Thatkraft und Enthusiasmus, zu theoretischer Weiterentwickelung etwas weniger Autoritätskultus erforderlich, als bloße oder vorwiegende Parlamentarismusspielerei und Marx-Vergötterung. So haben beide Gruppen, sowohl die „Fraktionellen", als die nunmehr losgelöste „Opposition", ihre besondere geschichtliche Aufgabe zu erfüllen."

Man wird vielleicht mit uns finden, daß die „Objektivität" dieses Urtheils in einem Organ, welches im Uebrigen vornehmlich Börseninteressen pflegt, und in welchem amtliche Kundmachungen von Staatseisenbahnverwaltungen mit solchen großer Aktiengesellschaften abwechseln, eigenartig anmuthet.

Rundschau im Auslande.

Cedant arma togae! hat einst Marcus Tullius Cicero beinahe an derselben Stätte gerufen, wo gestern Nachmittag der Abg. **Baumbach** mit einer „kraftvollen, lebhaft applaudirten deutschen Ansprache" die Verhandlungen der **Friedenskonferenz** begonnen hat. Eine historische Parallele zwischen dem alten Cicero aus Arpinum und dem neuen aus Meiningen könnte zu mancherlei ideenreichen Betrachtungen Anlaß geben. Wir fürchten aber, der praktische Werth einer derartigen, im luftigen Gebiet der Geschichtsphilosophie sich aufbauenden Antithese möchte allzusehr demjenigen gleichkommen, welchen die rhetorischen Ausführungen über Schiedsgericht und Völkerverbrüderung, wie sie jetzt in Rom eingeleitet sind, für sich beanspruchen können. Was die internationalen Schiedsgerichte betrifft, so bleibt für jede Konferenz von Parlamentariern oder auch von diplomatischen Dilettanten in einfach bürgerlicher Stellung nichts übrig, als offene Thüren einzustoßen, denn wo immer dieses Mittel zur Begleichung internationaler Differenzen dem Interesse des Friedens und der Gerechtigkeit wirklich zu dienen versprach, ist es von den Regierungen der Kulturstaaten schon bisher auch zur Anwendung gebracht worden. Die Staatsmänner, denen Wohlfahrt und Interesse der Staaten anvertraut sind, wissen aber auch, daß das Schiedsgericht keine Panacee ist. Soll es aber mit der Völkerverbrüderung ernst werden, so müßte man offenbar die Sache an der Wurzel angreifen und zuerst die Brüderlichkeit unter den Individuen zum thatsächlich herrschenden Prinzip erheben. Die französische Revolution hat dieses Prinzip in ihrem Programm verkündet: liberté, égalité, fraternité! Als aber dazu geschritten wurde, das Programm zur Thatsache zu machen, da sagte Champfort, der Revolutionsphilosoph, es liege klar zu Tage, daß der Ruf nach fraternité jetzt so viel besagen wolle als: Sois mon frère ou je te tue! Wenn die Fraternisirung der Gesellschaft heute von der Sozialdemokratie in Generalentreprise genommen werden will, so kann dieser Umstand schwerlich in der Hoffnung bestärken, daß eine Durchführung derselben nunmehr zu anderen Resultaten führen würde, als vor hundert Jahren.

Aus dem gestern näher erwähnten Monstreprozeß, der in **Rom** gegen die Anarchisten Cipriani und Genossen verhandelt wird, hat der Telegraph einen neuen, bezeichnenden „Zwischenfall" zu berichten. Der General-Staatsanwalt hat gegen einige Vertheidiger und Angeklagte in dem Prozesse wegen Ehrenbeleidigung von Polizeibeamten und verschiedener Zeugen das Anklageverfahren eingeleitet.

Dem k. k. „Telegraphen-Korrespondenz-bureau" in Wien wird aus **Belgrad** gemeldet: Die Kabinetskrise ist durch den Austritt der Minister Vuic und Tauschanovic provisorisch bis zum Zusammentritt der Skupschtina beigelegt. Die Demission der übrigen Minister ist nicht angenommen worden. Vuic wird durch Pasic und Tauschanovic durch den Minister der öffentlichen Bauten Velimirovic vertreten. Der betreffende Ukas ist bereits ausgefertigt.

Wie man der „Pol. Korr." aus **St. Petersburg** meldet, bilden die deutschen Kolonieen in dem an die Westgrenze anstoßenden Landstreifen von Volhynien, im Hinblick auf die Eventualität eines Krieges, andauernd den Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit für die russische Regierung, welche besorgt, daß im Kriegsfalle die feindlichen Truppen in diesen deutsch bevölkerten Gegenden ausgiebige Unterstützung finden könnten. Es wurden außerordentliche Verwaltungsmaßregeln zu dem Zwecke in Aussicht genommen, um eine intensivere Handhabung der staatlichen Gemeindeaufsicht in diesem Landestheile zu sichern. — Der bei der Judenhetze in Starodub angerichtete Schaden zählt nach Millionen. Gegenwärtig sind eine Menge von Haussuchungen im Gange. Dabei wurden bei sogar ganz wohlhabenden Leuten den Juden geraubte Gold- und Silbersachen aufgefunden. Verhaftet sind an 170 Personen, darunter mehrere Staroduber Hausbesitzer. Der Hauptanstifter der Judenhetze, ein reicher Bürger, ist verschwunden; der Prokurator des Kiewer Gerichtshofes ist zur Führung der Untersuchung eingetroffen.

Nachrichten zufolge, die über Paris eintreffen, wäre die Lage in **Marokko** fortwährend eine unruhige; wie es heißt, habe ein Zusammenstoß zwischen Parteien, die von den Guelayas abhängen, stattgefunden; 46 Personen seien von den Kaids der Guelayas getödtet worden.

Bei den gestern im Gebiete der **nordamerikanischen** Union stattgehabten Staatswahlen wurden im Staate Virginia alle demokratischen Kandidaten mit großer Majorität gewählt. In Columbus (Ohio) wurde der Amerikaner Mac Kinley, der Urheber des Zolltarifs, mit etwa 10000 Stimmen Mehrheit zum Gouverneur gewählt an Stelle des bisherigen demokratischen Gouverneurs. Die Republikaner siegten auch im Staate Philadelphia. Nach den vorliegenden Nachrichten hatten die Republikaner in der Stadt Philadelphia eine Mehrheit von 20000, im ganzen Staate eine solche von etwa 40000 Stimmen.

Parteibewegung.

— Bei den gestern in **Württemberg** stattgehabten Landtags-Ersatzwahlen wurden im Kreise Neuenburg Sägemühlbesitzer Commerell (national-liberal) einstimmig, im Kreise Oberndorf der bisherige Abgeordnete Ober-Baurath v. Leibbrand und im Kreise Oehringen Gutsbesitzer Haartmann (Demokrat) gegen den bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Regierungsrath Leemann gewählt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 4. November.

* Se. Majestät der Kaiser und König kehrte mit den Herren seiner Begleitung, nach dem Schluß der gestrigen St. Hubertus-Parforcejagd vom Jagdschlosse Grunewald aus zu Wagen nach dem Neuen Palais zurück, woselbst Ihre Majestät die Kaiserin bereits eingetroffen war. — Se. Majestät der Kaiser verblieb sodann bis zur Abendtafel in seinem Arbeitszimmer.

Am heutigen Morgen arbeitete Se. Majestät der Kaiser von 7¾ Uhr ab zunächst längere Zeit allein und unternahm darauf kurz vor 10 Uhr Vormittags eine Promenade in die nächste Umgebung des Neuen Palais. — Nach seinem Arbeitszimmer zurückgekehrt, empfing Se. Majestät den Chef des Geheimen Zivilkabinets zum Vortrage, konferirte darauf mit dem Staatssekretair des Auswärtigen Amtes, Frhrn. von Marschall-Bieberstein, und daran anschließend mit dem Minister für Landwirthschaft v. Heyden. Sodann fand bei den Majestäten die Mittagstafel statt, zu welcher u. A. auch der Landwirthschaftsminister von Heyden, der Staatssekretair Freiherr v. Marschall-Bieberstein, sowie Mr. Bigelow mit Einladungen nach dem Neuen Palais beehrt worden waren.

* Ihre königl. Hoheit die Erbgroßherzogin von Oldenburg kam gestern Nachmittag nach beendigter St. Hubertusjagd im Grunewald mit der Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen zugleich wieder zu Wagen nach Berlin, während sich der Erbgroßherzog zu Pferde mit dem Prinzen Friedrich Leopold nach Jagdschloß Glienicke zurückbegeben hatte. Später kam alsdann auch der Erbgroßherzog von Oldenburg von Potsdam aus nach Berlin, um alsdann mit seiner Gemahlin der Vorstellung im Opernhause beizuwohnen.

---

* Die Prinzessin Wilhelm Radziwill ist, von Frankfurt a. M. kommend, gestern auf der Reise nach Petersburg hier eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen.

* Der Wirkl. Geh. Rath Le Maistre ist, von Frankfurt a. M. kommend, hier eingetroffen und im Hotel Windsor abgestiegen.

* Der Legationsrath vom Rath traf von Konstantinopel gestern hier ein und stieg im Hotel Kaiserhof ab.

* Der königlich rumänische Staatsminister a. D. Stourdza traf, von Bukarest kommend, gestern Abend hier ein und nahm im Hotel Royal Wohnung.

h. Der Kaiser Mutsuhito von Japan, geboren den 3. November 1852, feierte gestern seinen 39. Geburtstag. Das japanische Gesandtschaftshotel in der Roonstraße hatte deshalb geflaggt; Abends vereinigte der Gesandte, Marquis Kimmochi Saïonzi, die hier lebenden Japaner zu einem festlichen Mahle in seiner Wohnung. Es waren 60 Herren, einige höhere Beamte und Offiziere, zumeist aber Studenten, denen die heimathlichen Gerichte außerordentlich mundeten und die mit deutschem Weine auf deutsche Weise ihren fernen Landesherrn leben ließen.

— Von dem binnen Kurzem auch in Berlin erwarteten siamesischen Prinzen Damrong berichtet der „Hamb. Korr.":

„Se. königl. Hoheit Prinz Damrong von Siam traf Montag Abend, von Paris kommend, um 5 Uhr 15 Min. hier ein, auf dem Bahnhof erwartet und begrüßt von dem Geschäftsträger der siamesischen Legation in Berlin und dem hiesigen Generalkonsul Herrn Pickenpack. Von diesen Herren wurde der Prinz, welcher mit zahlreichem Gefolge reist, nach dem „Hamburger Hof" geleitet, woselbst für die Herrschaften eine Anzahl von Zimmern bestellt war. Prinz Damrong, welcher beabsichtigt hatte, in unserer Stadt zwei Tage Aufenthalt zu nehmen, aber durch veränderte Reisedisposition sich verhindert sieht, diesen Vorsatz zur Ausführung zu bringen, drückte im Laufe des Abends dem Generalkonsul, wie wir vernehmen, wiederholt sein aufrichtiges Bedauern hierüber aus. Der Prinz steht nach der Beendigung seines militairischen Dienstes als Minister an der Spitze der Unterrichtsverwaltung des Königreichs Siam und hat in dieser Eigenschaft bereits viel zur Ausbreitung der Schul- und Volksbildung in seinem Vaterlande gethan; er hatte die Absicht, das gesammte hamburgische Schulwesen, insbesondere den Volksschul-Unterricht, der sorgfältigsten Prüfung zu unterziehen. Der Senat hatte dem Prinzen einen seinem hohen Range entsprechenden offiziellen Empfang zugedacht und ihm jede wünschenswerthe Information in Bezug auf das hamburgische Schulwesen zur Verfügung gestellt. Der Generalkonsul Pickenpack ist von dem Prinzen, welcher die englische Sprache in vollendeter Weise beherrscht, beauftragt worden, die Gründe für die veränderten Reisedispositionen Sr. königl. Hoheit zur Kenntniß des Senats zu bringen und das aufrichtige Bedauern desselben über die Nothwendigkeit seiner schnellen Abreise auszudrücken. Die Gründe für die eingetretene Veränderung bestehen namentlich in der Reise des russischen Kaiserpaares und der dänischen Königsfamilie nach Livadia, wohin sich der Prinz über Kopenhagen und Berlin begiebt. Er ist heute Morgen mit dem Schnellzuge nach Kopenhagen abgereist, wo er den seiner Obhut anvertrauten Sohn des Königs von Siam, seinen Neffen, dem Kronprinzen von Dänemark zuführen wird; der junge siamesische Prinz tritt demnächst in die dänische Armee ein. In Berlin wird Prinz Damrong unserem Kaiser in den nächsten Tagen seinen offiziellen Besuch machen. Von Livadia begiebt sich der Prinz über Wien und Rom in seine Heimath zurück."

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Militairisches.] * Der Kommandeur der Garde-Feld-Artilleriebrigade, Generalmajor Frhr. Neubronn v. Eisenburg, hat sich mit Urlaub nach Karlsruhe begeben.

* Der Direktor des Marinedepartements des Reichs-Marineamts, Kontreadmiral Frhr. v. Hollen, ist von Dienstreisen, der Oberst Becker, à la suite des Garde-Pionierbataillons und Allerhöchst beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte des Inspekteurs der Pionierinspektion, von Urlaub hierher zurückgekehrt.

* Der Oberstlieutenant Hoffmann-Scholtz, à la suite des 1. Leib-Husarenregiments Nr. 1 und Präses der 1. Remonte-Ankaufs-Kommission, hat eine Dienstreise nach Ostpreußen angetreten.

* Gestern Vormittag gelangten die aus dem Bereich des 2., 4 und 5. Armeekorps zum Gardekorps einberufenen Rekruten auf dem Kasernenhofe Karlstraße 34/35 an die hiesigen Truppentheile zur Vertheilung, desgleichen heute Vormittag diejenigen aus dem Bereiche des 3., 6. und 9. Armeekorps.

Danzig, 3. November. In seiner hier am Sonnabend abgehaltenen Sitzung lehnte der Verwaltungsrath des Zentralvereins westpreußischer Landwirthe den vom Minister für Landwirthschaft, Domainen und Forsten gemachten Vorschlag, die Vermehrung der Einnahmequellen der landwirthschaftlichen Vereine durch einen Zuschlag zur Grundsteuer (Selbstbesteuerung) herbeizuführen, nach längeren Debatten mit großer Stimmenmehrheit ab.

Chemnitz, 3. November. In dem mehrerwähnten Prozeßverfahren, betreffs dessen die Frage der Immunität der Reichstagsabgeordneten zur Sprache kam, hat das hiesige Landgericht den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schmidt-Mittweida wegen Beleidigung, öffentlicher Aufreizung und Aufforderung zum Ungehorsam gegen behördliche Anordnungen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Gera, 3. November. Der Ober-Bürgermeister veröffentlicht das folgende, ihm vom Ober-Hofmeister der Kaiserin zugegangene Dankschreiben:

„Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben mich bei der freudigen Veranlassung, zu welcher innige verwandtschaftliche Beziehungen Ihre Majestät hierher führten, allergnädigst beauftragt, den städtischen Behörden, den Einwohnern, Schulen und Vereinen von Gera den herzlichsten Dank zu übermitteln für den schönen und freundlichen Empfang, welchen dieselben in so überraschender und glänzender Weise veranstaltet haben. Es erfüllt Ihre Majestät die Kaiserin und Königin mit besonderer Freude und Anerkennung, daß die Stadt durch diesen Empfang ihre Gesinnung von Anhänglichkeit und Treue zu ihrem Fürstenhause bekundet und damit dem bedeutsamen 31. Oktober, welcher hier von jeher als hoher und froher Festtag begangen wurde und in diesem Jahre durch die Taufe des erstgeborenen Prinzen ein Doppelfest- und Freudentag geworden ist, die schönste Weihe verliehen hat."

Ausland.

Italien.

Rom, 3. November. (Tel.) In seiner Ansprache zur Eröffnung der interparlamentarischen Friedenskonferenz erläuterte der Vorsitzende Biancheri das vom italienischen Komité formulirte Programm. Das Programm habe es sich zur Aufgabe gestellt, Mittel und Wege zu finden, welche die Anwendung internationaler Schiedsgerichte ihrer Verwirklichung entgegenführen könnten; eine Prüfung spezieller bestehender thatsächlicher Verhältnisse schließe dasselbe zur Zeit aus. „Wir werden", betonte der Vorsitzende, „an diesen Bestimmungen festhalten." Italien werde mit der freiwillig auf sich genommenen Mission, für die Eintracht und den Frieden zu wirken, einen Fehlgriff nicht thun; dasselbe hatte, von dieser Mission abzugehen, auch nicht die Absicht, als es Verträge stipulirte, in welchen nur irrthümlicher Weise falsche Gesichtspunkte erblickt werden könnten. — Der heutigen Eröffnungssitzung wohnten ungefähr 90 Senatoren und Deputirte bei, unter welchen sich 18 Franzosen, 12 Engländer, 15 Deutsche, 8 Oesterreicher und 4 Ungarn befanden. Nach der Sitzung beglückwünschte der Reichstagsabgeordnete Dr. Baumbach den französischen Deputirten Douville-Maillefeu, wobei er ihm die Hand schüttelte. Auf der morgigen Tagesordnung steht die Beschlußfassung über die offizielle Verhandlungssprache, sowie über die Bildung eines internationalen parlamentarischen Komités.

Aus Berlin.

l. Der Männerbund zur Bekämpfung der Unsittlichkeit hielt gestern Abend in der Tonhalle unter dem Vorsitz des Frhrn. v. Gramm-Burgdorff eine allgemeine Versammlung ab, um den Prozeß Heinze und das Zuhälterwesen zu besprechen. Die Versammlung war von etwa 800 Personen besucht. Der Generalsekretair Keller kam in Hinblick auf den genannten Prozeß zu der dringenden Forderung sittlicher Erneuerung, P. Philipps, der Referent über das Zuhälterwesen, sprach für die Unterbringung der Zuhälter in Arbeitshäusern. Nach einem Schlußwort des Generalsekretairs Keller trennte sich die Versammlung, ohne Beschlüsse oder Resolutionen gefaßt zu haben.

l. Die Ausführung analytisch-chemischer und hygienischer Untersuchungen hat sich in Berlin zu einem blühenden Geschäftszweig ausgebildet. Die betreffenden „Firmen" versenden ihre „Preislisten", die einen Einblick in die Thätigkeit dieser Institute geben. Wir entnehmen einem solchen „Preiskourant", daß die theuerste Untersuchung die des Weines ist. Eine Weinanalyse, „soweit sie nach dem Stande der Wissenschaft möglich", kostet 150 M Bedeutend billiger ist eine gewöhnliche „Handelsanalyse", wie sie von Weinhändlern zur Empfehlung ihrer Sorten gebraucht wird. Bei Weißwein kostet eine solche Analyse nur 15 M, bei Rothwein aus leicht erklärlichen Gründen 3 M mehr. Billiger als Wein ist auch in Bezug auf die Untersuchung das Wasser, eine Gesammtanalyse kostet 60 M, eine chemische Prüfung auf Verwendbarkeit als Trinkwasser 6 M, eine bakteriologische Prüfung dieser Art 10 M, eine Untersuchung auf Verwendbarkeit zur Kesselheizung 15 M. Bei Kaffee und Thee ist am theuersten die Feststellung des Koffeïns bezw. des Theïns, sie ist mit je 20 M zu bezahlen Die „botanische" Untersuchung des Thees kostet nur 3 M Eine „Handelsanalyse" der Milch ist für 12 M zu haben, der Fettgehalt wird dagegen schon für 5 M festgestellt. Eine Butteranalyse kostet 20 M, die Ermittelung „fremder Fette" in der Butter 10 M Für 3 M erfährt man schon, wie viel oder wie wenig Alkohol in einem Bier enthalten ist, wer aber wissen will, ob er mit seinem Gerstensaft auch Phosphorsäure verschluckt, muß schon 7 M anwenden.

✱ Aufsehen erregte gestern auf dem Bahnhofe Friedrichstraße unter den mit dem Morgenzuge aus Eydtkuhnen eingetroffenen Reisenden ein etwa zehnjähriger Knabe, der auf seinen Ueberzieher ein Schild mit folgender, in russischer, deutscher, französischer und englischer Sprache verfaßten Aufschrift trug: „Träger dieses, Dimitri Zubow, seit sechs Monaten eine verlassene Waise, befindet sich auf dem Wege zur Schwester seines Vaters, der Michaelowna Green in Chicago. Alle Menschenfreunde, welche auf Bahn oder Schiff Dimitri begegnen sollten, werden hierdurch inständigst ersucht, sich möglichst seiner anzunehmen, auf daß der Knabe glücklich sein Ziel erreiche. Kiew, 13./25. Oktober Viele Freunde seines wackeren Vaters." Der kleine Dimitri sah sehr munter aus und ließ es sich mit gutem Humor gefallen, daß die Leute ihn neugierig umdrängten Hoffentlich erreicht er wohlbehalten sein fernes Reiseziel.

✱ Theilnahme dürfte die Mittheilung der „T. R." erwecken, daß der frühere Berliner Hof-Opernsänger Biberti, nachdem er seine Stimme in so jungen Jahren verlor, kürzlich in traurigstem Zustande hier eintraf. Unter Freunden und Berufsgenossen wurde eine Geldsammlung veranstaltet, Biberti ging, mit einigen Mitteln ausgerüstet, nach Venedig, und nahm dort seine einstige Thätigkeit als Holzbildhauer wieder auf.

✱ Aus Petersburg wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Die Mittheilungen russischer Blätter über die grundlose Ausweisung einer russischen Dame aus Berlin veranlassen den Berliner Korrespondenten der „Now. Wr.", auf Grund zuverlässiger Informationen, die er wahrscheinlich dem russischen Konsulat verdankt, den Vorgang zu beleuchten und der Neigung russischer Blätter, die Berliner Polizei der Willkür gegen russische Unterthanen zu beschuldigen, entschieden entgegenzutreten. Die Blätter berichteten, eine russische Musiklehrerin sei im verflossenen Sommer während ihres zeitweiligen Aufenthalts in Potsdam unter polizeiliche Aufsicht gestellt und schließlich zur Abreise nach Rußland gezwungen worden, so daß sie nicht einmal ihre in Berlin befindlichen Effekten mit sich nehmen konnte. Wie sich erweist, verhält sich die Sache ganz anders, und sicherlich hätte die Russin besser gethan, über den Vorfall tiefes Geheimniß zu beobachten. Frl. X., das seit mehreren Jahren in Berlin Musikunterricht ertheilte, unterhielt geraume Zeit ein Verhältniß zu einem Herrn S., einem Deutschen. Schließlich kam es zu einem von ihm herbeigeführten Bruch. Obgleich die Dame ein schriftliches Eheversprechen nicht in den Händen hatte, glaubte sie doch Rechte auf den Treulosen zu haben, und begann sie durch öffentliche skandalöse Auftritte geltend zu machen. Herrn S. blieb schließlich nichts übrig, als die Unterstützung der Polizei anzurufen, welcher er eine Sammlung von Drohbriefen vorlegte. Die Dame hatte es derartig getrieben, daß die Polizei zum Einschreiten gegen die Ruhestörerin gesetzlich berechtigt war und von einer Ausweisung nur Abstand nahm, weil das russische Konsulat sich ins Mittel legte. Die Dame ihrerseits versprach nun, nach Potsdam überzusiedeln und fernere Belästigung ihres ungetreuen Liebhabers zu unterlassen. Das Konsulat, das ihr eine einmalige Unterstützung zuwies, scheint diesem Versprechen nicht recht getraut zu haben, denn es suchte sie zu einer Rückkehr nach Rußland zu veranlassen und bot ihr selbst ein Freibillet für die Bahnfahrt an. Dieses ablehnend, siedelte die Dame nach Potsdam über. Längere Zeit hielt sie ihr Versprechen, Herrn S. in keiner Weise zu belästigen. Da erfuhr sie unglücklicherweise von seiner Verlobung mit einer reichen deutschen Dame. Von dem Augenblick an übte sie mit früherer Energie ihr Verfolgungssystem. Abermals wandte sich Herr S. an die Polizei, die nunmehr kurzen Prozeß machte. Nachdem Frl. X. den polizeilichen Vorschlag, bis zur Verheirathung des Verfolgten im Hause der inneren Mission in Potsdam Wohnung zu nehmen, in frecher Weise zurückgewiesen, erfolgte der Ausweisungsbefehl auf gesetzlicher Grundlage. Das der wahre Sachverhalt.

✱ Die Zahlungseinstellung der Firma Hirschfeld u. Wolff erregt auch in den von dem Zusammenbruch des Bankgeschäfts nicht direkt berührten und geschädigten Kreisen das peinlichste Aufsehen, da, wie sich ein hiesiges Blatt ausdrückt, die Persönlichkeit des Inhabers der Firma, des Kommerzienraths Anton Wolff, für eine makellose galt — er war Mitglied des Börsenkommissariats und der Sachverständigen-Kommission, auch Mitglied des Vorstandes der Ressource von 1794, — und da sich die Stimmen mehren, welche behaupten, nicht allein mißglückte Spekulationen, sondern eine weit über das Maß der Berechtigung hinausgehende Lebensführung habe an dem Bankerott der seit dem Jahre 1827 bestehenden Firma schuld. In den Vierziger und Fünfziger Jahren war das Bankhaus Hirschfeld u. Wolff eines der reichsten und allerersten Berlins. Die beiden Inhaber, Kommerzienrath Hirschfeld und Geh. Kommerzienrath Wolff, hinterließen, wie das „Kl. Journ." schreibt, ein sehr bedeutendes Privatvermögen, welches jedoch schon in der zweiten Generation den Weg alles Irdischen gegangen war. Der Sohn des Erstgenannten, der fast in allen Großstädten Europas zu einer Berühmtheit gewordene Lebemann James Hirschfeld, starb vor etwa zwölf Jahren ohne jedes Vermögen, nachdem er weit mehr als eine Million Thaler verpraßt hatte, und der Sohn des zweiten Inhabers ist Kommerzienrath Anton Wolff. Dem „Berl. Tgbl." zufolge ist derselbe erkrankt, er soll vollständig apathisch sein. Die Katastrophe soll, wie demselben Blatt erzählt wird, u. A. dadurch herbeigeführt worden sein, daß der Major Graf Lüttichau von den Garde-Kürassieren bei seiner Uebersiedelung nach Deutz sein Depot zurückgefordert hat; bei dieser Gelegenheit hätte sich herausgestellt, daß das Depot verpfändet ist.

rg. Der Kriminalpolizei ging aus Meißen die Drahtnachricht zu, daß dort gestern Abend der 18jährige Postgehülfe Arthur Adolf Schickdanz nach Unterschlagung von Geldbriefen im Werthe von 18000 M flüchtig geworden sei. Auf die Ergreifung desselben, welcher an einer Narbe an der Stirn kenntlich ist, und auf die Herbeischaffung der gestohlenen Gelder ist eine Belohnung von 300 M ausgesetzt worden.

rg. Verhaftet ist gestern ein Schwindler, der sich für einen stud. med. Bruno Hasse ausgab und Sohn eines Gutsbesitzers in Mecklenburg sein will. Er hat unter Vorspiegelungen sich bei verschiedenen Personen Darlehne zu erschwindeln gewußt.

rg. Zum Falle Nitsche ging aus Burg bei Magdeburg die überraschende Meldung ein, daß sich dort im Stadtforst am 2. d. M. ein Mann mittelst Revolver erschossen habe, welcher mit dem Mörder der Nitsche identisch sei. Man hat nämlich an seinen Kleidern alte Blutflecke bemerkt und in der Ueberziehertasche — dieser schien ihm nicht zu passen — ein Dolchmesser gefunden, welches in ein Exemplar der Zeitung „Berliner Pferdebahn-Courier" eingewickelt war. Der Selbstmörder ist jedoch, wie hier jetzt festgestellt worden ist, mit dem gesuchten Mörder nicht identisch, denn der letztere ist klein und aschblond, während der erstere groß ist und schwarzes Haar hat. Auch der Kellner Zeidler ist ermittelt, doch hat sich ergeben, daß er der Käufer des kaffeebraunen Ueberziehers nicht gewesen sein kann. Z. hat nämlich noch am Sonntage in Haft gesessen und ein Anderer muß Namen und Nationale desselben sich beigelegt haben.

✱ Vor Kurzem ward, wie der „Frankf. Ztg." berichtet wird, in Leipzig auf einen von der Berliner Staatsanwaltschaft erlassenen Steckbrief hin ein Gauner festgenommen, der ein reich bewegtes Leben hinter sich hat. Aus einer hochangesehenen geistlichen Familie Sachsens gebürtig, hat er eine sorgfältige Erziehung genossen, die Universität besucht, in Oesterreich bei der Armee gedient, ist sogar zum Rittmeister befördert worden, ist dann in Sachsen bei der Steuerbehörde eingetreten, später zur egyptischen Armee gegangen und schließlich während des deutsch-französischen Krieges als Spion gefangen genommen, zum Tode verurtheilt und später begnadigt worden. Nach Deutschland zurückgekehrt, hat er sich verschiedener Vergehen gegen das Strafgesetzbuch schuldig gemacht, und jetzt wird er nach Berlin überführt, wo er sich wegen Betrugs zu verantworten hat.

Kunst-Nachrichten. δ. In der gestrigen Sitzung des Vereins Berliner Künstler machte der Vorsitzende Prof. v. Werner Mittheilungen über die verflossene Ausstellung. Die endgültigen Zahlen liegen allerdings noch nicht vor. Die Ausstellung war mit über 5000 Werken beschickt. Verkauft wurden 276 Berliner Arbeiten für 426557 Mark und 135 auswärtige für 371489 M Diese Ziffern treten in das rechte Licht, wenn man die Ergebnisse der letzten Jahre zum Vergleich heranzieht. Im Jahre 1887 wurden für 184000, 1888 für 185000, 1889 für 150000 und im Vorjahre für 226000 M Kunstwerke verkauft. Von den Umsätzen der verflossenen Jubiläumsausstellung d. J. entfallen auf Spanien 119000, auf Italien 109000, auf München 75000 und auf Düsseldorf 81000 M. Die Ausgaben der Kunstausstellung betrugen: Baukonto 160000 M, Frachten und Porti 52000 M — 8000 M weniger, als vorher veranschlagt war —, Gehälter und Löhne 68000, Musik 48000, elektrisches Licht 26000, Inserate 27000 M An Einnahmen wurden gewonnen: 450000 M aus den Eintrittsgeldern, 66000 M aus der Provision für die Verkäufe, 29000 als Ertrag aus den Katalogen. Der Ueberschuß vom Karolingerfest belief sich auf 6500 M Durch die Bereitwilligkeit der Mitglieder, welche Gaben im Werthe von 52000 M für die Lotterie stifteten, ist ein Baarüberschuß von 110000 M erreicht worden. Was die künftige Ausstellung betrifft, so war bereits am 9. Juni dazu die erste Anregung gegeben worden. Es sind Gesuche an den Kaiser und den Kultusminister gerichtet, welche dahin gehen, daß die Leitung der Ausstellungen fortan dem Verein Berliner Künstler übertragen werde; es wird darin weiter hervorgehoben, daß für diese Veranstaltungen besonders die Monate Mai-Juli wegen des stärkeren Fremdenverkehrs und des günstigeren Lichtes sich eignen. Bei der Akademie der Künste fand am 7. Oktober eine Sitzung der Ausstellungskommission statt. Es ist aber auf die Eingaben bisher noch kein endgültiger Bescheid eingegangen. Doch müsse man sich darauf vorbereiten, daß eine bejahende Antwort eintrifft. Prof. v. Werner betonte, daß man auf jeden Fall daran denken müsse, eine neue Kommission für die Kunstausstellung zu ernennen. Es sei keine Zeit zu verlieren, denn das Unternehmen biete große Schwierigkeiten. Die neue Ausstellungskommission wird in einer demnächst einzuberufenden Sitzung gewählt werden.